

DOPPELHAUSHALT		2015/2016
STELLUNGNAHME zu Antrag		101-102
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Seite HH-Plan	Produktbereich
KULT-Gemeinderatsfraktion	202	11
Die Linke	Erlös-/Aufwandsart   Ein-/Auszahlungsart	
---	Transferaufwendungen	
---		
---		
---		
---		
---		
---		
Internationaler Bund, Erhöhung Zuschuss		

Der Internationale Bund (IB) ist ein wichtiger Partner in der Integrations- und Bildungsarbeit in Karlsruhe. Für folgende Projekte wurden Erhöhungsanträge gestellt.

### **Bildungsberatung für Schüler mit Migrationshintergrund und deren Eltern**

Im Verwaltungsentwurf bereits eingeplant:	85.000 Euro
Anträge auf Erhöhung:	
Grüne - Gemeinderatsfraktion	25.728 Euro
Kult - Gemeinderatsfraktion	13.000 Euro
Die Linke	25.728 Euro

Das Projekt Bildungsberatung unterstützt Grundschülerinnen und Grundschüler durch eine intensive, individuelle Beratung, Lernförderung und gezielte Elternarbeit. Da die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Vorbereitungsklassen in Grundschulen in Karlsruhe und auch der Schülerinnen und Schüler mit unzureichenden Deutschkenntnissen in Regelklassen aufgrund der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Lage enorm angestiegen ist und auch weiter steigen wird, wird der Zuschussbetrag künftig nicht ausreichen, um alle Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf zu erreichen. Beim IB ist zudem mit Ende des Jahres 2014 die Förderung durch ein EIF-Projekt ausgelaufen, das die Deutschförderung von Drittstaatsangehörigen unterstützt hat. Mit dem aktuell eingeplanten Zuschuss ist die Förderung nicht auf dem bisherigen Niveau zu halten.

Mit dem Projektträger von BIZUKI, dem Verein für Jugendhilfe, hat der IB eine Kooperationsvereinbarung. Beide Projekte fördern Grundschulkinder. Durch die Kooperation werden Synergieeffekte erzielt.

### **Gruppenleitung Hausaufgabenbetreuung an Grundschulen**

Im Verwaltungshaushalt bereits eingeplant.

Personalkosten für Koordinierung der Hausaufgabenbetreuung: 33.590 Euro

Anträge auf Erhöhung:

Grüne - Gemeinderatsfraktion 9.980 Euro

Kult - Gemeinderatsfraktion 5.000 Euro

Die Linke 9.980 Euro

Die Stadt Karlsruhe fördert die Hausaufgabenbetreuung im Stadtgebiet seit vielen Jahren. An mehr als 18 Standorten im Stadtgebiet ist die Hausaufgabenbetreuung fest installiert. Der IB erhält einen Personalkostenzuschuss für die Koordination. Über die HSL-Richtlinien (Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen) des Landes werden die Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Hausaufgabenhelfer (ca. 60 Personen) abgerufen. In den vergangenen Jahren wurden, in Kooperation mit den Arbeitsförderungsbetrieben, in Form von Bürgerarbeitsplätzen konstante Gruppenleitungen an Brennpunktschulen eingerichtet. Die Gruppenleitungen sind ständige Ansprechpartner für die Schulen, die Schülerinnen und Schüler, Eltern und die ehrenamtlichen Helfer. Das Programm „Bürgerarbeitsplatz“ ist 2014 ausgelaufen.

### **Quereinsteiger ins Bildungssystem**

Im Verwaltungsentwurf bereits eingeplant: 75.000 Euro

Anträge auf Erhöhung:

Grüne - Gemeinderatsfraktion 21.372 Euro

Die Linke 21.372 Euro

Das Projekt Quereinsteiger fördert die Deutschkenntnisse von jugendlichen Zuwanderern ab Klasse 5, die als Quereinsteiger in unser Bildungssystem aufgenommen werden. Die Schülerinnen und Schüler sind in Internationalen Vorbereitungsklassen meist in Werkrealschulen oder, wenn sie bereits 16 Jahre oder älter sind, in einer Berufsvorbereitungsjahr-Klasse an einer Berufsschule. Wie auch beim Projekt Bildungsberatung sind aufgrund der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Lage die Schülerzahlen enorm angestiegen und werden auch weiter steigen. Zudem plant der Projektträger im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Förde-

rung, analog zum Projekt Bildungsberatung die Elternarbeit zu intensivieren. Bei gleichbleibender Zuschusshöhe werden künftig nicht alle Schülerinnen/Schüler mit Förderbedarf erreicht werden können.

Die Verwaltung sieht eine Ausweitung der freiwilligen Leistungen grundsätzlich kritisch, da eine zukünftige Finanzierungserwartung auf Grund der konjunkturellen Entwicklung nicht dauerhaft aufrecht erhalten werden kann.

Die Verwaltung empfiehlt, die Anträge abzulehnen.